Michael C. Burda

# Ist das Maß halb leer, halb voll oder einfach voll?

Die volkswirtschaftlichen Perspektiven
der neuen Bundesländer

Antrittsvorlesung

26. Oktober 1994

Humboldt-Universität zu Berlin
Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
Institut für Wirtschaftstheorie

Herausgeberin:
Die Präsidentin der Humboldt-Universität zu Berlin
Prof. Dr. Marlis Dürkop

Copyright: Alle Rechte liegen beim Verfasser

Redaktion:
Gudrun Kramer
Forschungsabteilung der Humboldt-Universität
Unter den Linden 6
10099 Berlin

Herstellung:
Linie DREI, Agentur für Satz und Grafik
Wühlischstr. 33
10245 Berlin

Heft 51

Redaktionsschluß: 22. 06. 1995

Es ist eine besondere Freude und Ehre für mich, vor Ihnen in diesem traditionsreichen Saal der Berliner Handelshochschule - jetzt Bestandteil der Humboldt-Universität zu Berlin und Standort der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät - meine Antrittsvorlesung abzuhalten. Die Antrittsvorlesung geht auf eine alte Tradition zurück, die leider in vielen Teilen der Welt eingeschlafen ist. Diese Aussage trifft leider auch für meine eigene Heimat die Vereinigten Staaten zu, wo normalerweise Diplome, Doktortitel und Ehrenpromotionen feierlich zelebriert werden. Ich kann mir vorstellen, daß in den zurückliegenden Jahrhunderten die Antrittsvorlesung eine wichtige Funktion hatte: nämlich zu gewährleisten, daß sich neue Professoren vor der allgemeinen Öffentlichkeit vorstellen, bevor sie hinter ihren Bücherregalen für die nächsten 30 Jahre verschwanden. Dennoch kam mir eine Antrittsvorlesung als das ideale Medium vor, Kollegen und Studenten zugleich meine Forschung vorzustellen. Seit vier Jahren widme ich einen großen Teil meiner Forschungszeit - alleine und mit anderen Kollegen zusammen - der Problematik der volkswirtschaftlichen Aus-, Neben- und Rückwirkungen der Wiedervereinigung Deutschlands. Zumal viele aus diesem Kreise aus den neuen Bundesländern kommen, ist es vielleicht vor allem für diejenigen von Interesse zu erfahren, zu welchen Ergebnissen diese Forschung über die wirtschaftlichen Perspektiven Ostdeutschlands gekommen ist.

Bevor ich auf das eigentliche Thema meiner Antrittsvorlesung eingehe, möchte ich ein paar Worte zum Titel sagen. Vor einigen Monaten hat mich der Inhalt eines kurzen Zeitungsartikels fasziniert, den ich irgendwo gesehen hatte. Es hat sich herausgestellt, daß wenn Menschen aus den neuen Ländern die Frage gestellt wird: “Wie geht es dem Osten Deutschlands wirt-

schaftlich?", dann sagen etwa 70%, daß es dem Osten schlecht oder sehr schlecht ginge. Wenn dieselben Menschen gefragt werden: "Was halten Sie von ihrer persönlichen Situation nach der Wiedervereinigung?", kommt man regelmäßig zu dem Ergebnis, daß ebenfalls etwa 70% der Befragten ihre persönliche Wirtschaftslage als gut oder sehr gut beurteilen. Weiterhin bleibt erklärungsbedürftig, daß nach Umfragen des Allensbacher Instituts für Demoskopie seit zweieinhalb Jahren sogar 10-15% mehr Befragte im Osten als im Westen positiv zu ihren Wirtschaftsperspektiven eingestellt sind. Dennoch wird von Politikern nach mehr Wirtschaftshilfe für die sogenannten Industriekerne Ostdeutschlands geschrien, zum Teil für ganze Regionen, die gegenwärtig wirtschaftlich brachliegen. Wir beobachten einen Arbeitsmarkt in Ostdeutschland, der im Herbst 1994 von 15% offener und bis zu 30% versteckter Arbeitslosigkeit gekennzeichnet ist. Was ist die Realität? *Ist das Maß halb leer oder halb voll?* Oder, wie die jüngsten Wahlergebnisse in den östlichen Landen vielleicht zeigen, einfach voll?

Meine Vorlesung ist in drei Teile gegliedert. Im ersten Teil stelle ich die bloßen Fakten der Volkswirtschaften Ost- und Westdeutschlands dar. Im zweiten Teil wird versucht, eine wirtschaftstheoretische Auslegung der ökonomischen Umwälzungen anzubieten, die mit unserem Kenntnisstand vereinbar ist. Im dritten Teil versuche ich, meinen persönlichen Optimismus über den Osten - der nicht sehr geteilt ist - wissenschaftlich zu begründen. In meinem Vortrag werde ich selbstverständlich auf eine technische Analyse der Problematik verzichten. Dies tue ich mit der Absicht, auf der Basis des Laien zu bleiben; dennoch möchte ich hervorheben, daß all die Ergebnisse, die ich Ihnen vor Augen führen werde, empirisch und theoretisch gut belegt sind. Ich bin bereit, Sie auf diese Fachliteratur hinzuweisen und kann Ihnen dazu einige Arbeitspapiere zu dem Thema anbieten. Es ist Ihnen vielleicht inzwischen klar, weshalb mich diese Thematik schlicht und ergreifend anpackt. Denn es geht nicht nur um das Schicksal von Millionen von Menschen in diesem Teil Deutschlands, sondern es geht auch um die Fähigkeit der Volkswirtschaftslehre, aus den bloßen Fakten ei-

ner fast unvorstellbaren Situation eine glaubwürdige, ideologiefreie Einschätzung der Lage sowie eine robuste Prognose der Zukunftschancen zu liefern.

## I. Die Fakten: Halb leer oder halb voll?

Die bloßen Fakten deuten darauf hin, daß der Weg Ostdeutschlands zur Marktwirtschaft, den es vor vier Jahren eingeschlagen hat, nicht gerade problemlos verlaufen ist. Er war vielmehr mit vielen Schwierigkeiten verbaut. Der wirtschaftliche Umwandlungsprozeß hat nicht nur für Ärger im Osten gesorgt, da Wahlversprechungen nicht eingehalten wurden, er hat auch im Westen die Befürchtung erregt, daß die Ostdeutschen mit ihren Problemen nicht fertig werden. Aus den Erfahrungen anderer ehemaliger Ostblockländer wissen wir, daß die sogenannte Transformation oder Umgestaltung von einer zentral gesteuerten Planwirtschaft zu einer dezentralen Marktwirtschaft ein harter Weg ist. Es ist bemerkenswert, daß alle sozialistischen Bruderländer in Mittel- und Osteuropa recht ähnliche Erfahrungen bei der wirtschaftlichen Umwandlung gemacht haben. Einige Gemeinsamkeiten unter den Transformationsländern möchte ich aufzählen:

- **ein Zusammenbruch der Industrieproduktion**, von 25-40% in den Visegrad-Ländern, mehr in den neuen Ländern der Ex-UdSSR;

- **ein etwas weniger steiler Rückgang der Bruttowertschöpfung (BIP)**, was darauf zurückzuführen ist, daß der Output von privaten Dienstleistungen gestiegen ist;

- **ein Preisschock,** daß heißt, ein Sprung des allgemeinen Preisniveaus, der mit der Liberalisierung verbunden war und in vielen Ländern eine dauerhafte Inflation zur Folge hatte;

- **eine rasche Zunahme der Arbeitslosigkeit**, die im Kommunismus unbekannt oder sogar verboten war;

- **ein steiler Rückgang der Erwerbsbeteiligung**, vor allem unter den Frauen. Der Realsozialismus hat dafür gesorgt, daß jeder nicht nur das Recht auf Arbeit, sondern auch eine Pflicht dazu hatte, die unterschiedlich von Land zu Land eingehalten wurde. Dies führte bekanntlich zu aufgeblähten Personalbeständen der Staatsunternehmen. Hinzu kam das berechtigte Kalkül des Managers, knappe Arbeitskräfte zu horten. Obwohl sie aus Gesichtspunkten der Sozialverträglichkeit oder Solidarität gerechtfertigt werden konnten, zeigten sich solche "Wasserkopfstrukturen" nach den harten Kriterien der Marktwirtschaft als unvereinbar mit dem Ziel der Gewinnmaximierung und mit der Rentabilität des Sachkapitals.

Ähnliche, aber keineswegs identische Erfahrungen haben die neuen Bundesländer gemacht. In Tabelle 1 habe ich einen Vergleich mit der tschechischen Republik getroffen, dem "tschechischen Wunder", wie der Kieler Wissenschaftler Martin Raiser das erfolgreichste Land des ehemaligen Ostblocks getauft hat. Dieser Vergleich ist deshalb von Interesse, weil - wie viele von Ihnen wissen - die damalige DDR und die CSSR sehr ähnliche Wirtschafts- und vor allem Industriestrukturen aufwiesen. Der harte stalinistische Planungskurs hat unter anderem dafür gesorgt, daß die Industrielandschaft von riesigen Kombinaten beherrscht wurde und der größte Teil der klein- und mittelständischen Betriebe von der Bühne verschwand. In der ehemaligen DDR ist die Industrieproduktion binnen eineinhalb Jahren auf fast ein Drittel des Niveaus von 1989 gesunken. Die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland ist rasch auf ein Niveau von 15% gestiegen und die "versteckte Arbeitslosigkeit" beträgt weitere 10-15% des Erwerbspotentials. Frauenbeteiligung am Erwerbsleben ist von über 80% zu DDR-Zeiten auf ein Niveau von etwa 70% zurückgegangen.
Aus der Tabelle 1 geht hervor, daß, trotz ähnlicher Outputverluste in der Tschechischen Republik und ehemaligen DDR, die Ostdeutschen wohl doch etwas von der Wiedervereinigung und vor allem von der Währungsunion mit der alten Bundesrepublik profitiert haben. Die ehemalige DDR konnte ohne weiteres eine Reihe von Institutionen aus dem Westen importieren. Diese

Institutionen sind eine Voraussetzung eines funktionierenden Marktsystems. Ein Beispiel dafür sind gesetzlich verankerte Eigentumsrechte. Ein anderes ist eine harte Währung, sprich die D-Mark. In der Folge der Währungsunion hat es zwar auch einen Preissprung in den neuen Ländern gegeben, welcher die Freigabe von Lebensmittel-, Wohn- und Energiepreisen widerspiegelt. Er hat nicht, wie in vielen Ländern zu einer dauerhaften Erhöhung der Inflation in Ostdeutschland geführt – dies war durch den Anschluß an die "harte D-Mark" ausgeschlossen. Die Übernahme des altbundesdeutschen Sozialnetzes bedeutete, daß die Anpassung von festen Einkommen wie Renten und Sozialhilfe durch administrative Entscheidungen sozialverträglich abgefedert wurden. Auf der anderen Seite wurden andere Institutionen importiert, wie das Ladenschlußgesetz, das Betriebsverfassungsgesetz, die Tarifautonomie der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, die nicht unbedingt im Einklang mit den ostdeutschen Interessen standen. Die Privatisierung der ostdeutschen Industrie war innerhalb von kurzer Zeit abgeschlossen und den Unternehmen wurde sehr schnell klar, daß harte Budgetrestriktionen gelten. Mittlerweile, wie in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* seit neuestem berichtet, hat die Industrieproduktion in den neuen Bundesländern im Juni 1994 schon einen Stand von 103,7% des Niveaus von der zweiten Jahreshälfte 1990 wieder erreicht.

Die Tschechische Republik hat weniger Beschäftigungsverluste hinnehmen müssen und dementsprechend zeichnete sich nur ein sehr kleiner Anstieg der Arbeitslosigkeit ab. (Tschechien hat übrigens eine der niedrigsten Arbeitslosenquoten Europas). Dafür haben die Tschechen allerdings einen Preis bezahlt: ihre Arbeitnehmer mußten nämlich einen Rückgang der Reallöhne von etwa 18% hinnehmen. Dieser Rückgang erfolgte durch den Preisantrieb, der 110% betrug und weit über den Lohnanstieg hinausging. Im Vergleich hat der durchschnittliche Beschäftigte im Osten Deutschlands einen realen Einkommensgewinn von mehr als 60% seit der Wende erfahren. Die Inflation, gemessen an dem Deflator des privaten Verbrauchs, betrug ungefähr 10% pro Jahr; im letzten Jahr lag die ostdeutsche Inflationsrate nur knapp über der westdeutschen.

*Tabelle 1. Die Entwicklung wirtschaftlicher Eckdaten für die neuen Bundesländer und die Tschechische Republik, 1990-1993*

| | Veränderung, 1990-1993 in: | | | | Arbeitslosenquote (1993) | Außenbeitrag 1993 (% vom BIP) |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | Bruttoinlandsprodukt | Preisniveau | Reallohn je Beschäftigten* | Beschäftigung | | |
| Neue Länder (Ex DDR) | -21,7% | +33,9% | +62,3% | -33,5% | 15,6% | -77,1% |
| Tschechische Republik (CR) | -20,9% | +110,3% | -17,8% | -8,0% | 3,5% | +1,0% |

*Quellen: CR: Ham, Svenjar und Terrell (1993); Business Central Europe. Neue Länder: DIW Wochenberichte*

** Bruttojahreseinkommen aus unselbständiger Arbeit, dividiert durch den Deflator des privaten Verbrauchs.*

Obwohl der Vergleich mit dem tschechischen Wirtschaftswunder zeigt, daß die Ostdeutschen in gewisser Hinsicht gut abgeschnitten haben, darf man dennoch nicht unbedingt sagen, daß das Glas halb voll ist! Verglichen mit der alten Bundesrepublik, sieht die Lage in Ostdeutschland etwas problematisch aus. Vor allem geht es darum, wer bezahlt diese höheren Löhne, die dort verdient werden? Aus Tabelle 2 ist ersichtlich, daß die Lohnerhöhungen in Ostdeutschland noch nicht selbsttragend sind: daß heißt, die reale Leistung oder Wertschöpfung, die durch Ostdeutsche erbracht wird, reicht noch nicht so richtig aus, um die Einkommen zu zahlen, die ostdeutsche Arbeitnehmer tatsächlich erhalten. Die Differenz wird natürlich u.a. durch Subventionen an notleidende Treuhandbetriebe, durch ABM-Stellen und Lohnsubventionen durch das Programm Beschäftigungsinitiative-Ost bezahlt. Daß diese Kosten per Saldo noch durch Westdeutsche getragen werden, geht aus Tabelle 1 hervor, da die neuen Bundesländer riesige Leistungsbilanzdefizite (fast ausschließlich mit Westdeutschland) aufweisen, bzw. im Außenbeitrag, dem Saldo aller Exporte und Importe eines Landes bzw. einer Region. Der stark negative Saldo bedeutet, daß die Exporte der Ostdeutschen von den Importen noch deutlich überschritten werden. Besitzen diese Importe investiven Charakter, können durch diese Handelsdefizite produktive Ka-

pazitäten für die Zukunft ausgebaut werden. Sind das aber vorwiegend Verbrauchsgüter, gibt es Grund zur Sorge: denn die Transfers Richtung Osten legen keinen Grundstein für die Zukunft, sondern befriedigen nur die kurzfristigen Konsumbedürfnisse der Bevölkerung. Auf diese sehr wichtige Frage komme ich später zurück.

Auf jeden Fall ist eins klar: Nur durch eine dauerhafte Erhöhung der Produktivität pro Beschäftigten, der Wertschöpfung-pro-Kopf, kann in Volkswirtschaften die Grundlage für einen dauerhaft höheren Lebensstandard, ohne Hilfe des westdeutschen Auslands, geschaffen werden. Und aus der Tabelle 2 ist eindeutig: Obwohl das Lohnniveau rasche Fortschritte Richtung Westen macht, hinkt die ostdeutsche Produktivität dem Westen immer noch hinterher.

*Tabelle 2. Durchschnittliche Arbeitsproduktivität und -entlohnung in den neuen und alten Ländern,1990 und 1993*

| | Buttoinlandsprodukt je Beschäftgten (DM) zu Preisen von 1991 | | Bruttojahreslohn je Beschäftigten (DM) zu Preisen von 1991 | |
|---|---|---|---|---|
| | 1990 | 1993 | 1990 | 1993 |
| neue Länder (Ex-DDR) | 31.800 | 37.400 | 23.500 | 32.800 |
| alte Länder | 100.200 | 102.200 | 53.400 | 54.800 |
| Verhältnis: Ost/West | 31,7% | 36,6% | 44,6% | 59,9% |

*Quellen: DIW Wochenberichte 46/93, 33/94.*

## II. Eine wirtschaftstheoretische Auslegung der Wiedervereinigung

Wie soll man die Lage der neuen Länder interpretieren und beurteilen? Was sagt uns die Wirtschaftstheorie zu diesen Entwicklungen? Leider habe ich viel zu wenig Zeit, eine sehr ausführliche Darstellung anzubieten. Dennoch versuche ich, in ein paar Sätzen die gängigste Interpretation zu erläutern.

Durch die Wiedervereinigung Deutschlands gibt es vereinte Arbeits-, Produkt-, Kapital- und Geldmärkte. Handel kann zustandekommen, wo es früher keinen geben konnte oder durfte. Jedoch waren die agierenden Wirtschaftssubjekte nicht gerade gleichgestellt, als der Konkurrenzkampf begann. Die Produktivitäts- und Kostenvorsprünge des Westens gegenüber dem Osten waren recht erheblich. Wenn Produzenten mit sehr unterschiedlichen Kostenstrukturen und Produktivitätsniveaus produzieren müssen und auf dem Markt Wettbewerb vorherrscht, kommt es zwangsläufig zu gewaltigen Anpassungsprozessen. Diese haben in der Tat stattgefunden. Nicht nur das Verdrängen vom Markt, die Schließung und Übernahme von ostdeutschen Betrieben, sondern auch die Migration von Arbeitskräften (in den Westen) und Kapital (in den Osten) haben sich als Folge der Transformation ergeben.
Vor allem muß betont werden, daß es sich bei diesem Konkurrenzkampf grundsätzlich um die realen Tauschverhältnisse in den beiden Teilen Deutschlands handelt. Diese Situation kann nicht durch eine expansive Nachfragepolitik wettgemacht werden. Der Osten ist dafür viel zu "offen"; bei einer expansiven Fiskalpolitik würde der Löwenanteil der Nachfrage mit großer Wahrscheinlichkeit woanders "absickern". Bei der Umgestaltung der Wirtschaft der ehemaligen DDR kommt es eher darauf an, die Angebotsseite der Marktwirtschaft umzuwandeln und zu stärken, damit eine Basis für einen dauerhaften und selbsttragenden Aufschwung geschaffen wird.

Hier bin ich relativ optimistisch. Ich denke vor allem in der letzten Zeit sehr häufig an die Arbeit des amerikanischen Wissenschaftlers Jack Hirshleifer, der in seinem Werk *Economic Behavior in Adversity* geschildert hat, wie im letzten Millenium die Folgen von menschlich verursachten und natürlichen Katastrophen bewältigt wurden. Im Hinblick auf den Wiederaufbau nach Pesten, Kriegen und Massenbombardements von Städten hat Hirshleifer festgestellt, daß es weniger darauf ankommt, wieviel Sachkapital ein Land besitzt, sondern mehr auf das Humankapital: das heißt, was bei den Menschen in den Köpfen steckt. Und da kann man schon sagen,

obwohl viel Humankapital im Zuge der Wiedervereinigung schlagartig abgeschrieben wurde, ist sehr viel noch brauchbar. Auf diesen Aspekt komme ich bei meinen Schlußbemerkungen zurück.

Andererseits gibt es eine Reihe von Wirtschaftswissenschaftlern, die diese Interpretation nicht teilen. Unter ihnen ist der berühmte Harvard-Professor Robert Barro. Sein Standpunkt, der sich auf wissenschaftliche Studien der USA bezieht, ist, daß es eher Generationen als ein paar Jahre dauern wird, bis der Osten den Westen wirtschaftlich aufgeholt hat. Seinen wissenschaftlichen Studien nach gleichen sich Regionen innerhalb eines Landes in der Regel einander zwar an, aber mit einer langsamen Rate von 2 % pro Jahr.
Um die Grundlage dieses "eisernen Gesetzes der Konvergenz" zu durchleuchten und Barros Standpunkt zu verdeutlichen, lassen Sie mich einen historischen Vergleich ziehen. Nehmen wir eine Katastrophe aus meiner Heimat, den schlimmsten Krieg, den die Vereinigten Staaten jemals in ihrer kurzen Geschichte gesehen haben. Der Bürgerkrieg, der von 1861-1865 dauerte, hat mehr Menschenleben gefordert, als in allen anderen Kriegen der Geschichte des Landes. Ich komme selber aus dem Süden, aus dem Bundesstaat Louisiana, und weiß ungefähr was es heißt, regionale Spannungen im Leben zu haben. Diese Spannungen gegenüber dem Norden sind heute noch - allerdings stark abgemildert - zu spüren, vielleicht sogar vergleichbar mit denen, die Sie im Alltag empfinden.
Die Folgen des Krieges waren für den Süden wirtschaftlich besonders negativ. In der Tabelle 3 wird gezeigt, wie eines der reichsten Gebiete des Landes (bezogen gewiß auf freie Menschen) auf 65% des früheren Wohlstandes zurückgesetzt wurde. Nach der militärischen Niederlage des Südens durch den industrialisierten Norden, wurde er besetzt, beherrscht und geplündert. Es hat letztendlich ein Jahrhundert gedauert, bis der Süden den Rückstand aufgeholt hatte. Dieses Beispiel von langsamer Konvergenz bestätigt die 2 % - Regel.

*Tabelle 3. Entwicklung des Pro-Kopf-Einkommens in den USA, 1840 - 1990 (% des Durchschnitts)*

| | SÜDATLANTIK | OST-SÜD Zentral | NEUENGLAND |
|---|---|---|---|
| 1840 | 70 | 73 | 132 |
| 1880 | 45 | 51 | 141 |
| 1900 | 45 | 49 | 134 |
| 1920 | 59 | 52 | 124 |
| 1940 | 69 | 55 | 121 |
| 1960 | 77 | 67 | 109 |
| 1980 | 92 | 77 | 106 |
| 1990 | 97 | 80 | 118 |

*Quelle: Historical Statistics of the United States; Statistical Abstract of the United States.*

Darf man einen solchen Vergleich zwischen den USA von damals und dem vereinten Deutschland von heute überhaupt wagen? Gibt es nicht große Unterschiede zwischen den Südstaaten nach dem US-Bürgerkrieg und der ehemaligen DDR? Meiner Meinung nach ist der Vergleich, der sehr häufig herangeführt wird, für eine Analyse der deutschen Wiedervereinigung nicht besonders geeignet. Als Südstaatler weiß ich sehr gut, warum die Perspektiven grundsätzlich verschieden sind:

1) Die Beherrschung und Übernahme des Südens erfolgte mit Gewalt. Millionen von Menschenleben erloschen, ganze gesellschaftliche Strukturen wurden plattgewalzt. Dagegen ist die deutsche Vereinigung friedlich verlaufen. Hingegen hat die verbrannte-Erde-Politik von General Sherman - darunter versteht sich auch die Verwüstung Atlantas, die Sie sicherlich durch den Film "Vom Winde verweht" gut kennen - Jahrzehnte danach für intensive Bitterkeit gesorgt.

2) Die Eroberung des Südens ging mit vorsätzlicher Demontage bzw. der Zerstörung des Kapitalstocks einher. Obwohl dies sicher-

lich auch in der durch die Sowjetunion okkupierten Ostzone stattgefunden hat, wurde dieser Zustand in den darauffolgenden Jahrzehnten zum Teil wieder wettgemacht. Ostdeutschland profitiert heutzutage von einem großzügigen Kapitalstrom aus dem reichen Westdeutschland, der für den Wiederaufbau zur Verfügung gestellt wird.

3) Eine Enteignung in dem Umfang, wie sie im Süden stattfand, gab es in Ostdeutschland nicht. Obwohl die Abschaffung der Sklaverei aus menschenrechtlichen Gründen absolut notwendig war, bedeutete die Befreiung für den Süden freilich einen großen Verlust an produktivem Vermögen. Die durchaus logische Folge war, daß die Produktion nicht mehr stattfinden konnte. Dazu waren die sogenannten Carpetbaggers unterwegs. Das waren diejenigen, die mit wenig Geld und auf sehr dubiose Weise Immobilien von bankrotten Familien aufgekauft haben. Hingegen - und trotz ihres schlechten Rufs - hat die Treuhandanstalt dafür gesorgt, daß gerade solche Entwicklungen begrenzt zum Vorschein kamen.

## III. Die Zukunftsperspektiven: Gründe zum Optimismus

Wie ist es nun? Ist das Glas oder das Maß (oder die Maß, wie mich mein bayerischer Kollege vor kurzem korrigiert hat) halb leer? Wird es (wie viele behaupten) ein Jahrhundert dauern, bevor eine Konvergenz zwischen dem Osten und Westen Deutschlands eingesetzt hat? Die folgenden Anmerkungen beruhen auf der Forschung, die ich zusammen mit meinem Kollegen, Herrn Professor Michael Funke, hier an der Humboldt-Universität betreibe. Unser letztes Papier trägt den kitzelnden Titel “Eastern Germany: Can’t We Be More Optimistic?” und verrät unsere Einstellung. Ich vertrete immer noch die Ansicht, daß die Antwort auf diese rhetorische Frage ein klares “Ja” sein muß. Lassen Sie mich die folgenden Thesen aufstellen:

1) Im Laufe der Transformation wird es Winners and Losers - Gewinner und Verlierer - geben, und dieser Selektionsprozeß ist für eine erfolgreiche Transformation unentbehrlich. Dies hat eine Studie des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft in diesem Jahr deutlich gezeigt. Die Kernergebnisse sind in der Ta-

belle 4 zu finden. Die Gewinner sind diejenigen Branchen, die moderne Technologie und Markt-Know-how adoptiert, die Produktion umgestaltet sowie mit Marketing alte Märkte zurückerobert und neue Märkte erschlossen haben. Diese Branchen haben eine deutliche Erhöhung der Produktion seit der Wende erreicht. Den Verlierern räumen die Kölner kaum Chancen für das Überleben ein, zumindest nicht in dem Ausmaß, das es vor der Wende gegeben hat.

Das Ausscheiden von Unternehmen ist eine Art Selektionsprozeß, so hart es sich auch anhören mag. Die Stillegung von Kapazitäten bei den Verlierer-Branchen ist ein notwendiger Bestandteil des Prozesses, denn deren Schließung setzt Ressourcen frei - qualifizierte und unqualifizierte Arbeitskräfte, Sachkapital, Grund und Boden sowie andere Produktionsfaktoren - die woanders effektiver in der Volkswirtschaft eingesetzt werden können. Ein einleuchtendes Beispiel ist die ostdeutsche Lederindustrie, deren Beschäftigung seit 1990 auf ein Zehntel geschrumpft ist. Wer den Abgang dieser unwirtschaftlichen, überholten und vor allem umweltunfreundlichen Industrie bereut, denkt nicht gerade wirtschaftlich.

*Tabelle 4. Gewinner- und Verlierer-Branchen der ostdeutschen Industrie*

| Veränderung der Nettoproduktion, 2. Hj. 1990 gegenüber 2. Hj. 1993 (in Prozent) | |
|---|---|
| **"Gewinner-Branchen"** | **"Verlierer-Branchen"** |
| Kunststoffverarbeitung +120,8 | Ledererzeugung u.-verarbeitung -84,2 |
| Stahl-u. Leichtmetallbau +81,9 | Büromaschinen/EDV -78,0 |
| Ziehereien/Kaltwalzwerke +78,6 | Feinmechanik/Optik -76,4 |
| Steine-u. Erdenindustrie +58,4 | Bekleidungsgewerbe -71,8 |
| Druckerei/Vervielfältigung +40,2 | Textilgewerbe -67,8 |
| Mineralölverarbeitung +37,4 | Maschinenbau -65,2 |
| EBM-Industrie +31,0 | Gießereien -64,1 |
| Ernährung +7,7 | Schiffbau -60,4 |
| Holzverarbeitung +1,2 | Holzbearbeitung -57,3 |
| Stahlverformung +1,1 | Feinkeramik -54,6 |
| | Gummiverarbeitung -53,9 |
| | Musikinstrumente/Spielwaren -51,9 |

*Quelle: Institut der Deutschen Wirtschaft Köln (1994).*

*Tabelle 5. Die ostdeutsche Arbeitsproduktivität und ihr Wachstum*

| Industrie | Höhe der Arbeitsproduktivität (in % des Westens) | Wachstum der Arbeitsproduktivität (in% pro Jahr) | | |
|---|---|---|---|---|
| | 1991 | 1991 | 1992 | 1993 |
| Verarbeitendes Gewerbe ingesamt | 25,6 | 45,9 | 71,2 | 34,3 |
| Vorprodukte | 21,6 | 58,4 | 47,2 | 47,9 |
| Kapitalgüter | 23,3 | 43,1 | 73,3 | 33,8 |
| Konsumgüter | 21,6 | 58,7 | 97,2 | 29,3 |
| Nahrungs- und Genußmittel | 50,7 | 8,4 | 86,1 | 22,3 |

*Quelle: Burda/Funke (1994)*

Diese Logik gilt genauso eindeutig innerhalb der Industriegruppen: dort muß auch ein Darwinismus herrschen, ansonsten überleben die ineffizienten Unternehmen, möglicherweise auf Kosten des Staates! Wenn dies passiert, kann kein selbsttragender Aufschwung erfolgen. Die Wirtschaftspolitik, Politiker und die Industrie werden aufgefordert, einen Strukturwandel in ein paar Jahren durchzuziehen, wofür normalerweise mehrere Jahrzehnte benötigt werden. Wenn dieser Prozeß abgeschlossen ist, wird der Osten dem Westen eine Nasenlänge voraus sein.

Genau dieses Bild gibt die Entwicklung der Arbeitsproduktivität wieder. Die Arbeitsproduktivität mißt die Bruttowertschöpfung pro Beschäftigten. Tabelle 5 zeigt, wie stark die Arbeitsproduktivität der ostdeutschen verarbeitenden Industrie schon in den letzten zwei Jahren gestiegen ist. Natürlich war die Basis niedrig, aber solche Sprünge bedeuten, daß die noch arbeitenden Beschäftigten eine Produktivität erreicht haben, die durchaus wettbewerbsfähig ist.

2) Die sprunghaften Produktivitätsgewinne in Ostdeutschland erfolgen nicht primär durch die Entlassungen von Arbeitnehmern, sondern durch die Umstrukturierung der Betriebe, die Umbildung der Arbeitnehmer sowie durch neue Investitionen und durch Umdenken der Beteiligten. Es ist sehr wichtig, diesen Punkt hervorzuheben, weil die öffentliche Meinung zu oft Produktivitätsgewinne nur mit der Entlassung von Arbeitskräften verbindet, die die Arbeitslosigkeit zur Folge hat. In Abbildung 1 wird deutlich gemacht, daß der Beschäftigungsabbau in den ostdeutschen Industriezweigen in keiner festen Beziehung zu den Produktivitätszuwächsen steht. Diese Entwicklungen ergeben sich aus der Anpassung Ostdeutschlands an die Arbeitsteilung der Weltwirtschaft. Dazu gehört die Entstehung konkurrenzfähiger Industrien, deren Identität heutzutage kaum vorhersehbar ist.

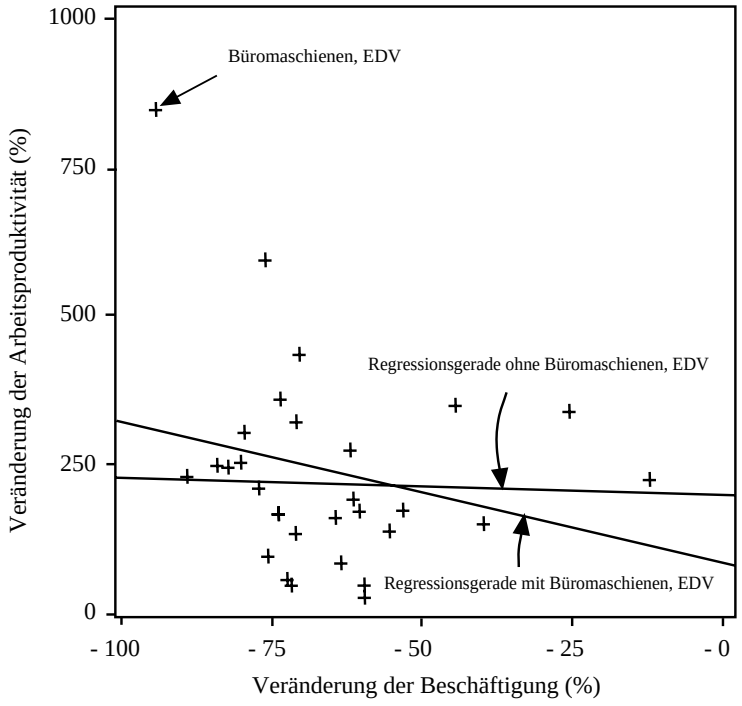


*Abbildung 1. Die Veränderung der Beschäftigung und der Arbeitsproduktivität in 29 ostdeutschen Sektoren des Produzierenden Gewerbes*

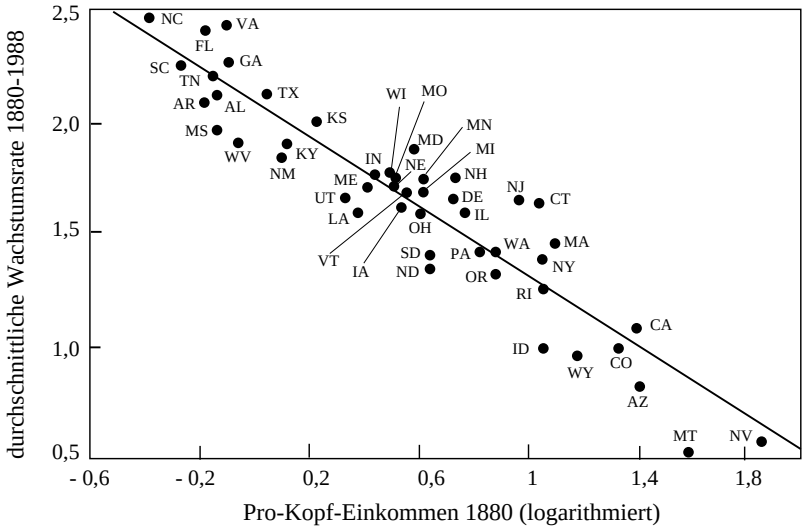


*Abbildung 2. Regionale Konvergenz der Pro-Kopf-Einkommen (US-Bundesstaaten 1880 - 1980)*

3) Die Wachstums- bzw. Integrationstheorie liefert uns ein viel zu pessimistisches Bild des wirtschaftlichen Zusammenwachsens in Deutschland. Wie schon angedeutet, kann der Pessimismus mit den Erfahrungen der USA begründet werden. Abbildung 2 zeigt, daß die Konvergenz in den USA tatsächlich langsam einherging. Auf der horizontalen und vertikalen Achse sind jeweils das logarithmierte, reale Pro-Kopf-Einkommen im Jahre 1880 - also fünfzehn Jahre nach dem Ende des Bürgerkrieges - und die durchschnittliche Wachstumsrate des realen Einkommens (bis 1980). Jeder der 48 Punkte entspricht einem Bundesstaat (zwei - Alaska und Arizona - wurden herausgenommen).

Eine neue Studie von Professor Joachim Möller, von der Universität Regensburg, hat einen ähnlichen Zusammenhang unter den westdeutschen Bundesländern festgestellt. Er zeigt, daß die innerwestdeutsche Einkommensstruktur 1960 gewaltige Lohnunterschiede unter den Bundesländern aufwies. Dieses Gefälle baut sich so langsam wie in Amerika ab - um 2% pro Jahr. Sowohl bei Möller als auch bei Barro werden jedes Jahr im Schnitt 2% des Ein-

kommensgefälles geschlossen. Dieses pessimistische Wachstumsszenario läßt sich auch durch die neoklassische Wachstumstheorie ableiten, die meine Studenten sehr gut kennen. Der neoklassischen Wachstumstheorie nach wächst eine beliebige Region als geschlossene selbstsparende Einheit nach der folgenden Differentialgleichung

$$(dy/dt)(1/y) = \lambda(\, ln\ y(t) - ln\ y^*),$$

wobei y(t) und y* respektive das gegenwärtige Pro-Kopf-Einkommen oder Produktivitität und sein langfristiges Gleichgewicht seien, das durch fundamentale Faktoren bestimmt wird. Zu diesen Faktoren gehören das Sparverhalten der Haushalte und des Staates, das Bevölkerungswachstum und das Wachstum des technischen Fortschritts. $\lambda$ gilt als Konstante, die die Konvergenzrate bestimmt. Der Pfad der Konvergenz wird als (1) in der folgenden Abbildung dargestellt.

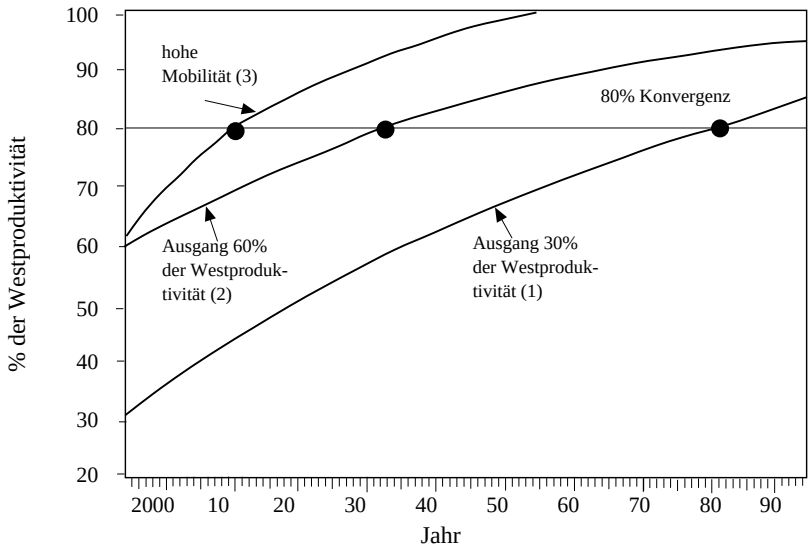


*Abbildung 3. Konvergenz alternativer Szenarien*

Der Haken bei diesem Ansatz ist die Ausgangsposition. Wie deutlich erkennbar ist, hängt die Anpassungszeit im wesentlichen von der Anfangsbedingung ab. Bei einer Ausgangsposition von 30%

der Westproduktivität, wovon Barro damals in seinem Artikel im *Wall Street Journal* ausgegangen ist, bräuchte Ostdeutschland, nach dieser Regel, etwa 75-80 Jahre, bevor es auf 80% des Westniveaus käme. Was den Optimismus von Professor Funke und mir begründet, ist die Tatsache, daß die Ausgangsposition möglicherweise falsch gelegt ist! Gibt es hingegen Sprünge der Durchschnittsproduktivität durch interne Umstrukturierung der Unternehmen sowie durch zusätzliche Investitionen oder neue Kenntnisse, kommt es zu einem besseren Ausgangspunkt, bevor der übliche Konvergenzprozeß einsetzt. Nach Tabelle 2 ist die gesamte ostdeutsche Wirtschaft 1993 schon bei 37%. Durch weiteres Umsteigen und durch Umleitung der Ressourcen auf diejenigen Industrien, die eine höhere Produktivität aufweisen, könnte sogar ein Sprung auf 60% des Westniveaus möglich sein. Letztlich haben wir gezeigt, daß die 2% - Regel auch durch die Faktormobilität erhöht werden kann - sogar auf 3 bis 4%. Im krassen Gegensatz zu Barro impliziert dieser Befund, daß die Konvergenz unter Umständen schneller stattfinden könnte als in drei Generationen, vielleicht sogar in fünfzehn bis zwanzig Jahren.

4) Die Rolle der Investitionen. Wir Volkswirte verstehen Investitionen grundsätzlich als die Beschaffung derjenigen Güter, die mehr Produktion oder eine Verbesserung der Qualität der Produktion ermöglichen. Es ergibt sich aus der fundamentalen Gleichung der Makroökonomie, daß Volkswirtschaften nur dann investieren können, wenn (1) ihre Haushalte auf den gegenwärtigen Konsum verzichten, (2) ihre Unternehmen sparen, (3) der Staat Haushaltsüberschüsse hat oder (4) Ausländer die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen. Die Investitionstätigkeiten spiegeln sich in Form einer Investitionsquote wider, die aussagt, wieviel das jährliche Investitionsvolumen als Anteil des Bruttoinlandsproduktes ausmacht. In der Regel weist ein Land eine Investitionsquote zwischen 15 und 25% aus. Investitionsquoten in den USA und Großbritannien sind niedriger, in Deutschland und Japan hingegen höher. Eine Reihe wissenschaftlicher Studien haben belegt, daß es einen starken statistischen Zusammenhang zwischen Wachstum und Investitionstätigkeiten gibt.
Es wird gegenwärtig sehr viel im Osten investiert. Allein 1993 wa-

ren es 140 Milliarden DM. Bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt ergibt sich im Osten eine Investitionsquote von ungefähr 55 %. Diese Investitionen, die heutzutage fast schon unbemerkt von den Medien im Osten getätigt werden, werden sicherlich eine entscheidende Rolle in der Zukunft Ostdeutschlands spielen. Sie werden durch eine Reihe von Maßnahmen des Bundes gefördert. So hoch sind die Zahlen, daß sie Anlaß für Professor Hans-Werner Sinn aus München waren zu rügen, daß *zu viel* im Osten investiert wird! Auf der Jenaer Tagung des Vereins für Socialpolitik hat er die These vertreten, die Bundesregierung subventioniere Kapital zu sehr und verteuere damit die Arbeit im Vergleich zum Kapital. Vor allem in der Bauindustrie, meint Professor Sinn, werde aufgrund von Steuerbegünstigungen zu viel investiert. Diese Kritik muß jedoch zum Teil abgewiesen werden. Erstens befindet sich der Grundstock an Wohnungskapital der Ostdeutschen in keinem besonderen Zustand. Investitionen in Wohnungen sind notwendig, um die Menschen im Osten an ihre Heimat zu binden; dies ist eine viel vernünftigere Antimigrationspolitik, als weitere Lohnerhöhungen zuzulassen. Zweitens stellt man bei einer näheren Betrachtung der Daten fest, daß Investitionen nicht nur im Baugewerbe getätigt werden. Die Investitionen in Ausrüstungen sind ebenfalls weit über dem Niveau in den schnell wachsenden Entwicklungsländern - z.B. die “asiatischen Tiger”.

*Tabelle 6. Investitionen in den neuen Bundesländern (% des BIP)*

| | 1991 : II | 1992 : II | 1993 : II | 1994 : II |
|---|---|---|---|---|
| | | Bruttoanlageinvestitionen insgesamt | | |
| West | 21,5 | 21,4 | 20,0 | 19,6 |
| Ost | 53,4 | 54,0 | 54,0 | 55,2 |
| | | Ausrüstunginvestitionen | | |
| West | 10,1 | 9,4 | 7,7 | 7,5 |
| Ost | 25,2 | 21,5 | 18,9 | 19,1 |

*Quelle: DIW Wochenbericht 46/93 und 33/94*

Wird dieses Geld verschwendet? Es wird in Medienberichten oft behauptet, daß die Transfers, die das in Tabelle 2 ersichtliche Leistungsbilanzdefizit der neuen Länder zum Teil finanzieren, hauptsächlich für konsumtive Zwecke bestimmt seien. Obwohl diese Behauptung eigentlich kein Vorwurf sein dürfte - es war doch der Sinn der Vereinigung, einen vergleichbaren Lebensstandard in beiden Teilen Deutschlands zu ermöglichen - hört man sie häufig von Politikern, offensichtlich um fiskalpolitische Ziele durchzusetzen oder um die neuen Bundesbürger "kleinzukriegen". Dennoch geht aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung hervor, daß die Ostdeutschen immer mehr aus diesen Transfers sparen. Seit dem großen Kaufrausch unmittelbar nach der Wende hat sich die ostdeutsche Konsumquote (Konsumausgaben dividiert durch Bruttosozialprodukt) von 91,5 % auf 77,7 % zurückgebildet. Zum Vergleich beträgt die durchschnittliche Quote im Westen Deutschlands etwa 55 %, daß heißt, bei dem Trend könnte es drei bis fünf Jahre dauern, bis das Gefälle geschlossen ist.

Es soll hierzu gesagt werden: Ostdeutschland wird durch die Investitionen in die Infrastruktur als Standort immer attraktiver. Solche Investitionen heißen Ausbau von öffentlichem Sachkapital: Fernstraßen, Bahn, Flughäfen, Telekom sowie Krankenhäuser und vieles mehr. Es gibt eine Reihe von Studien, die auf einen Zusammenhang zwischen Infrastruktur und Wachstum hindeuten. Ein schönes Beispiel für die radikalen Veränderungen, die dadurch ermöglicht werden, ist die Telefonanlage in unserem Fakultätsgebäude, die aus den 30er Jahren stammt, klappert und knistert, regelmäßig gewartet und geölt werden muß, und vor allem beim Telefonieren für viel Aufregung sorgt. Wenn sie nächstes Jahr wirklich ersetzt werden soll, bekommen wir die modernste Ausrüstung Europas.

## IV. Zusammenfassung

Ist das Maß halb leer, halb voll oder einfach voll? Diese Frage, vor allem die dritte Alternative, scheint in den letzten Tagen an Relevanz zu gewinnen. Wie ich gezeigt habe, kommt es sehr dar-

auf an, wie man die Tatsachen interpretiert. Vergleicht man die ehemalige DDR mit der Tschechischen Republik, sieht man, daß eine “tschechische Lösung” - eigene Währung, Landesgrenze, Warenzölle usw. - den Vorteil gehabt hätte, die alte Industrie zum Teil vor dem schnellen Tod zu retten. Man hätte den Preis zahlen müssen: niedrigere Löhne, unzuverlässige Institutionen, höhere Inflation und vor allem keine Hilfe von außen. Diese Lösung wäre in der DDR aus den bekannten, politischen Gründen ohnehin nicht durchführbar gewesen. Vergleicht man die ehemalige DDR mit der alten Bundesrepublik, sieht man, daß noch vieles geschaffen werden muß. Die starke Deindustrialisierung ist allerdings nicht nur eine Konsequenz der Umgestaltung, sondern auch der bisherigen Verzerrungen, die die Planwirtschaft gebracht hat. Es wird viel Zeit kosten, um diese Transformation zu erreichen, aber die Weichen sind schon gestellt. Seit drei Jahren gibt es ein reales Wachstum in den neuen Ländern, während die alten Bundesländer mit einer Rezession klarkommen müssen. Vergleicht man die Situation im Osten Deutschlands mit der Lage der USA-Südstaaten nach dem schrecklichen Bürgerkrieg, ist die Situation längst nicht so grausam. Die Leistungsbilanzdefizite allein sind der beste Beweis dafür, daß den neuen Ländern geholfen wird und zwar investiv, nicht konsumtiv.

Weshalb ist das Maß voll für viele? Vielleicht ist der Unmut darauf zurückzuführen, daß es Spannungen innerhalb der Gesellschaft gibt, die früher nicht da waren. Die wirtschaftliche Ungleichheit unter den Menschen im Osten Deutschlands hat drastisch zugenommen. Dazu fühlt man sich von Westpolitikern bevormundet, was nie schön ist. Aber ich spüre eine andere, nicht unbedingt volkswirtschaftliche Problematik, die den Alltag sehr stark beeinflußt. Wie in allen anderen Transformationsländern gibt es im Osten Deutschlands einen Generationskonflikt. Es kommt zu Interessenskonflikten, ja sogar zu Spannungen unter den Generationen, die durchaus ungleich von den Umwälzungen getroffen werden. Junge Menschen, die lange zu leben haben, sehen der Umstrukturierung Ostdeutschlands mit Gelassenheit entgegen. Dies bemerke ich jeden Tag bei meiner Lehrtätigkeit. Die Älteren in Ostdeutschland, die sich kurz vor oder schon im Ru-

hestand befinden, sind sozialverträglich abgefedert. Ostdeutsche Rentner sind viel besser gestellt als alle anderen im Osten Europas. Die Umgestaltung Ostdeutschlands ist hauptsächlich ein Problem für die mittlere Generation: die Menschen im Alter von 40 - 55 Jahren, das sind diejenigen, die gerade an der Spitze ihrer Kräfte waren und am meisten verloren haben. Denen muß Unterstützung gegeben werden, denn aus diesem Kreis kommt der größte Unmut und eine hohe Unzufriedenheit mit den Ereignissen der letzten fünf Jahre. Mit diesem letzten provozierenden Gedanken möchte ich mich recht herzlich für Ihre Aufmerksamkeit bedanken.

# References

Barro, R. and X. Sala-i-Martin (1991), “Convergence across States and Regions”, *Brookings Papers on Economic Activity* 1:1991, 107-158.
Burda, M. and M. Funke (1994), “Eastern Germany: Can’t We be More Optimistic”, mimeo, Humboldt-Universität zu Berlin.
Ham, J., J. Svenjar and K. Terrell (1993), “The Czech and Slovak Labor Markets during the Transition,” presented at conference “Unemployment, Restructuring and the Labor Market in East Europe and Russia”, World Bank, October.
Hirshleifer, J. (1987), *Economic Behaviour in Adversity*, Chicago: University of Chicago Press.
Institut der deutschen Wirtschaft (1994), “Die ostdeutsche Industrie im strukturellen Umbruch”, IW-trends, Quartalsheft 1:1994, 19-29.
Möller, J. (1994), “Empirische Analyse der Regionalentwicklung”, Beitrag für das 24. Wirtschaftswissenschaftliche Seminar Ottobeuren, 19.-21.9.1994.
Sinn, G. and H.-W. Sinn (1991), *Kaltstart*, Tübingen: JCB Mohr.
Sinn, H.-W. (1994), “Schlingerkurs - Lohnpolitik und Investitionsförderung in den neuen Bundesländern”, CES-Working paper No. 67, University of Munich.

## Michael Christopher Burda

1959 in New Orleans, LA., USA geboren.
1977 Diplom an der Jesuit High School, Shreveport, LA., USA.
1981 BA in Economics am Harvard College, Cambridge, MA., mit magna cum laude.
1982 Studium der Volkswirtschaftslehre/Betriebswirtschaftslehre an der Georg-August-Universität Göttingen.
1982 bis 1987 zunächst Research Assistent, National Bureau of Economic Research, dann Teaching Fellow, Department of Economics, Harvard University, Cambridge, MA.
1987 PhD in Economics, Harvard University, Cambridge, MA.
1987 bis 1988 Research Visitor, Centre for Labour Economics, London School of Economics.
1988 Visiting Summer Scholar, International Finance Division, Federal Reserve System, Board of Governors, Washington D.C.
1989 bis 1990 Scientific Advisor, Observatoire Français des Conjonctures Economiques (OFCE), Paris.
1987 bis 1991 Assistant Professor,
1991 bis 1993 Associate Professor of Economics, INSEAD, Fontainebleau, Frankreich.
Seit 1993 Professur für Volkswirtschaftslehre an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin.

### Ausgewählte Veröffentlichungen

Gross Workers and Job Flows in Europe (mit Charles Wyplosz). In: European Economic Review 38 (June 1994), S. 1287-1315.
Intertemporal Prices and the U.S. Trade Balance (mit S. Gerlach). In: American Economic Review 82 (December 1992), S. 1234-1253.
Unemployment, Labour Market Institutions and Structural Change in Eastern Europe. In: Economic Policy 7 (October 1988), S. 391-416.

Macroeconomics: A European Text (mit C. Wyplosz). Oxford: University Press, 1993. Das Lehrbuch ist in Französisch (de-Boeck), Deutsch (Franz-Vahlen-Verlag), Italienisch (il Mulino), Spanisch (Ariel) und Polnisch (PWE) erschienen.
Membership, Seniority and Wage Setting in Democratic Labor Unions. In: Economica 57 (December 1990), S. 455-466.
The Determinants of East-West German Migration: Some First Results. In: European Economic Review 37 (April 1993), S. 452-462.
Human Capital, Investment and Migration in an Integrated Europe (mit C. Wyplosz). In: European Economic Review 36 (April 1992), S. 677-684.

In der Reihe **Öffentliche Vorlesungen** sind erschienen:

1 *Volker Gerhardt:* **Zur philosophischen Tradition der Humboldt-Universität**

2 *Hasso Hofmann:* **Die versprochene Menschenwürde**

3 *Heinrich August Winkler:* **Von Weimar zu Hitler**
Die Arbeiterbewegung und das Scheitern der ersten deutschen Demokratie

4 *Michael Borgolte:* **"Totale Geschichte" des Mittelalters?**
Das Beispiel der Stiftungen

5 *Wilfried Nippel:* **Max Weber und die Althistorie seiner Zeit**

6 *Heinz Schilling:* **Am Anfang waren Luther, Loyola und Calvin – ein religionssoziologisch-entwicklungsgeschichtlicher Vergleich**

7 *Hartmut Harnisch:* **Adel und Großgrundbesitz im ostelbischen Preußen 1800 - 1914**

8 *Fritz Jost:* **Selbststeuerung des Justizsystems durch richterliche Ordnungen**

9 *Erwin J. Haeberle:* **Historische Entwicklung und aktueller internationaler Stand der Sexualwissenschaft**

10 *Herbert Schnädelbach:* **Hegels Lehre von der Wahrheit**

11 *Felix Herzog:* **Über die Grenzen der Wirksamkeit des Strafrechts**

12 *Hans-Peter Müller:* **Soziale Differenzierung und Individualität**
Georg Simmels Gesellschafts- und Zeitdiagnose

13 *Thomas Raiser:* **Aufgaben der Rechtssoziologie als Zweig der Rechtswissenschaft**

14 *Ludolf Herbst:* **Der Marshallplan als Herrschaftsinstrument?**
Überlegungen zur Struktur amerikanischer Nachkriegspolitik

15 *Gert-Joachim Glaeßner:* **Demokratie nach dem Ende des Kommunismus**

16 *Arndt Sorge:* **Arbeit, Organisation und Arbeitsbeziehungen in Ostdeutschland**

17 *Achim Leube:* **Semnonen, Burgunden, Alamannen**
Archäologische Beiträge zur germanischen Frühgeschichte

18 *Klaus-Peter Johne:* **Von der Kolonenwirtschaft zum Kolonat**
Ein römisches Abhängigkeitsverhältnis im Spiegel der Forschung

19 *Volker Gerhardt*: **Die Politik und das Leben**

20 *Clemens Wurm:* **Großbritannien, Frankreich und die westeuropäische Integration**

21 *Jürgen Kunze:* **Verbfeldstrukturen**

22 *Winfried Schich:* **Die Havel als Wasserstraße im Mittelalter: Brücken, Dämme, Mühlen, Flutrinnen**

23 *Herfried Münkler:* **Zivilgesellschaft und Bürgertugend**
Bedürfen demokratisch verfaßte Gemeinwesen einer sozio-moralischen Fundierung?

24 *Hildegard Maria Nickel:* **Geschlechterverhältnis in der Wende**
Individualisierung versus Solidarisierung?

25 *Christine Windbichler:* **Arbeitsrechtler und andere Laien in der Baugrube des Gesellschaftsrechts**
Rechtsanwendung und Rechtsfortbildung

26 *Ludmila Thomas:* **Rußland im Jahre 1900**
Die Gesellschaft vor der Revolution

27 *Wolfgang Reisig:* **Verteiltes Rechnen: Im wesentlichen das Herkömmliche oder etwa grundlegend Neues?**

28 *Ernst Osterkamp:* **Die Seele des historischen Subjekts**
Historische Portraitkunst in Friedrich Schillers "Geschichte des Abfalls der vereinigten Niederlande von der Spanischen Regierung"

29 *Rüdiger Steinlein:* **Märchen als poetische Erziehungsform**
Zum kinderliterarischen Status der Grimmschen "Kinder-und Hausmärchen"

30 *Hartmut Boockmann:* **Bürgerkirchen im späteren Mittelalter**

31 *Michael Kloepfer:* **Verfassungsgebung als Zukunftsbewältigung aus Vergangenheitserfahrung**
Zur Verfassungsgebung im vereinten Deutschland

32 *Dietrich Benner:* **Über die Aufgaben der Pädagogik nach dem Ende der DDR**

33 *Heinz-Elmar Tenorth:* **"Reformpädagogik"**
Erneuter Versuch, ein erstaunliches Phänomen zu verstehen

34 *Jürgen K. Schriewer:* **Welt-System und Interrelations-Gefüge**
Die Internationalisierung der Pädagogik als Problem
Vergleichender Erziehungswissenschaft

35 *Friedrich Maier:* **"Das Staatsschiff" auf der Fahrt von Griechenland über Rom nach Europa**
Zu einer Metapher als Bildungsgegenstand in Text und Bild

36 *Michael Daxner:* **Alma Mater Restituta oder Eine Universität für die Hauptstadt**

37 *Konrad H. Jarausch:* **Die Vertreibung der jüdischen Studenten und Professoren von der Berliner Universität unter dem NS-Regime**

38 *Detlef Krauß:* **Schuld im Strafrecht**
Zurechnung der Tat oder Abrechnung mit dem Täter?

39 *Herbert Kitschelt:* **Rationale Verfassungswahl?**
Zum Design von Regierungssystemen in neuen Konkurrenzdemokratien

40 *Werner Röcke:* **Liebe und Melancholie**
Formen sozialer Kommunikation in der 'Historie von Florio und Blanscheflur'

41 *Hubert Markl:* **Wohin geht die Biologie?**

42 *Hans Bertram:* **Die Stadt, das Individuum und das Verschwinden der Familie**

43 *Dieter Segert:* **Diktatur und Demokratie in Osteuropa im 20. Jahrhundert**

44 *Klaus R. Scherpe:* **Beschreiben, nicht Erzählen!**
Beispiele zu einer ästhetischen Opposition: Von Döblin und Musil bis zu Darstellungen des Holocaust

45 *Bernd Wegener:* **Soziale Gerechtigkeitsforschung: Normativ oder deskriptiv?**

46 *Horst Wenzel*: **Hören und Sehen - Schrift und Bild**
Zur mittelalterlichen Vorgeschichte audiovisueller Medien

47 *Hans-Peter Schwintowski:* **Verteilungsdefizite durch Recht auf globalisierten Märkten**
Grundstrukturen einer Nutzentheorie des Rechts

48 *Helmut Wiesenthal:* **Die Krise holistischer Politikansätze und das Projekt der gesteuerten Systemtransformation**

49 *Rainer Dietrich:* **Wahrscheinlich regelhaft. Gedanken zur Natur der inneren Sprachverarbeitung**

50 *Bernd Henningsen:* **Der Norden: Eine Erfindung**
Das europäische Projekt einer regionalen Identität